
Amsinck warnt vor politischen Ausstiegsdaten bei der Braunkohle - Gefahr für Industrie und Arbeitsplätze

05.10.22 | Berlin

Amsinck warnt vor politischen Ausstiegsdaten bei der Braunkohle - Gefahr für Industrie und Arbeitsplätze

UVB: Unternehmen brauchen Planungssicherheit bei Energieversorgung

Die Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg lehnen politisch festgelegte Ausstiegsdaten für die Braunkohle ab. "Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der größten Energie- und Versorgungskrise ihrer Geschichte", erklärte Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck. "Der Ausgang ist völlig ungewiss. In dieser Situation Daten für einen Ausstieg aus der Kohle aus politischen Gründen festzulegen, ist aus Sicht der Wirtschaft völlig verfehlt."

Die Unternehmen bräuchten die Sicherheit, die der einzig verbliebene heimische Energieträger bietet, sagte er weiter.

"Es drohen weitere Standortverlagerungen"

In dieser insbesondere für die Industrie extrem angespannten Lage sei mehr und nicht weniger

Planungssicherheit nötig. "Anderenfalls drohen weitere Standortverlagerungen ins Ausland und der Wegfall Zehntausender Arbeitsplätze. Deshalb darf es keinen vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung in Ostdeutschland geben.“

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] allgemeiner-verband.de

[Download VCF](#)